

So billig kommt ein Rathauschef davon



Von Karl Friedrich Rommel

Mo, 15. Januar 2001

Südwest

Aulendorfs Bürgermeister zahlt 110 000 Mark an die Stadt, um Versäumtes wieder gutzumachen.

AULENDORF. Mit einem blauen Auge scheint Johannes Heinzler, Bürgermeister von Aulendorf, aus zahlreichen Affären um seine Person herauszukommen. Heinzler und das Ravensburger Landratsamt einigten sich jetzt darauf, dass der Bürgermeister für seine Versäumnisse an seine Stadt 110 000 Mark Schadenswiedergutmachung zahlen muss und drei Jahre lang das Gehalt um fünf Prozent gekürzt bekommt.

Das Landratsamt hatte 1999 wegen der vielen zahlreichen Pleiten, die man dem Bürgermeister anlastete, einen ungewöhnlichen Weg beschritten. Vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen verklagte die Behörde Heinzler auf Schadenersatz in Höhe von fünf Millionen Mark. Soviel Geld soll dieser durch Verträge mit Privatunternehmen in den Sand gesetzt haben. Dabei geht es in erster Linie um den Bau des Aulendorfer Thermalbades. Das 30 Millionen-Projekt baute Heinzler zusammen mit einem Privatinvestor. In den vereinbarten Verträgen trägt die Stadt weitgehend die Verluste. Das Bad ist zwar ein Publikumsrenner, reißt aber jährlich ein Loch von mehreren 100 000 in die Gemeindegasse. Das Landratsamt hatte Heinzler vorgeworfen, dass er die Verträge über den Thermalbadbau vom Aulendorfer Gemeinderat nicht endgültig habe absegnen lassen. Deshalb habe er das Bad praktisch auf seine private Kappe gebaut. Der Bürgermeister hatte dagegen argumentiert, dass sich der Aulendorfer Gemeinderat zwischen 1989 und 1996 mindestens 70 Mal mit dem Bau des Thermalbades beschäftigt habe.

Gemeinderat wurde nicht gefragt

Doch offensichtlich hatte der Aulendorfer Gemeinderat kein einziges Mal einen formalen Beschluss zum Bau des Thermalbades gefasst. 1999 verlangte der Bürgermeister vom Gemeinderat in einer nichtöffentlichen Sitzung, dass ein acht Jahre altes Sitzungsprotokoll abgeändert wurde. Das Gremium sollte damit in Nachhinein bescheinigen, beim Bau des Thermalbades auch gefragt worden zu sein. Doch die Stadträte verweigerten sich dem Ansinnen.

Vor Gericht hätte es für Heinzler deshalb eigentlich schlecht ausgesehen. Den Vergleich zwischen dem Bürgermeister und dem Landratsamt hatte das Verwaltungsgericht in Sigmaringen angeregt. Bürgermeister und Landratsamt stellten jetzt in einer gemeinsamen Erklärung fest, dass eine Entscheidung vor Gericht rechtliche Unwägbarkeiten bedeutet hätte. Außerdem wären das Prozess- und Kostenrisiko für beide Seiten außerordentlich hoch gewesen. Fraglich wäre auch gewesen, ob eine Forderung in Millionenhöhe bei Heinzler überhaupt einzutreiben gewesen wäre.

Wie aus Aulendorf zu hören ist, hat der Bürgermeister vorsorglich sein ganzes Vermögen inzwischen auf Frau und Kinder überschreiben lassen. Dass das Landratsamt auf den Vergleich einging, führen Insider auch darauf zurück, dass in der Zwischenzeit die Spitze der Kreisverwaltung gewechselt hat. Landrat Kurt Widmaier gilt wie Heinzler als Zögling von Ex-Innenminister Dietmar Schlee. "Dass Johannes Heinzler jetzt so billig davon kommt, hat uns doch sehr gewundert", sagte Grünen-Kreisrätin Klara Engl-Rezbach.

Ressort: **Südwest**

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der BZ vom Mo, 15. Januar 2001:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)

Kommentare

Bitte legen Sie zunächst ein Kommentarprofil an, um Artikel auf BZ-Online kommentieren zu können.

[Jetzt Profil anlegen](#)
